

## Zu meiner Person

Geboren 1963 in Augsburg, wohnhaft in Bremen seit 1991. Magister in Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Promotion in Forstwissenschaft. Eine Tochter (12).

Engagement in der Studierendenbewegung (1988–1989 im Bundesvorstand des Sozialistischen Hochschulbunds und im Koordinierungsausschuss des Dachverbands der ASten) sowie in der Dritte-Welt-Solidarität (seit 1993 im Rahmen der Bundeskoordination Internationalismus BUKO). Leidenschaft für Popkultur und Science-Fiction (seit 2000 Organisation der sechs »Out-of-this-world«-Kongresse in Bremen und Berlin). Buchautor (unter anderem »Die Ökofalle«, »Die Aliens sind unter uns«). Texte für Freitag, taz, alaska und viele mehr. Rosa-Luxemburg-Preis für den Essay »Gleicher als andere« 2001.

Seit 2005 Mitglied der LINKEN, seit 2007 Fraktionssprecher im Beirat Horn-Lehe, seit 2008 Landesvorsitzender in Bremen. Bundessprecher der Emanzipatorischen Linken, Mitglied in der BAG Bedingungsloses Grundeinkommen. Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bürgerschaftsfraktion für die Bereiche Arbeit und Bildung.

## Liebe Bremerinnen und Bremer,

man kann natürlich abwarten, was kommt: Mehr Armut, mehr Arbeitslosigkeit, mehr Beton, mehr Ausverkauf wichtiger Entscheidungen an private Wirtschaftsinteressen. Oder man engagiert sich dagegen. DIE LINKE ist Teil der Bewegung für eine Alternative. Im Parlament und auf der Straße verteidigt sie mit Zähnen und Klauen die Interessen derer, die nicht von Vermögen und Kapital leben.

Links sein heißt Nein sagen. Nein zu einer Politik, die nur noch fragt: Wo können wir noch ein Hochhaus hinbauen? Nein zu einer Gesellschaft, wo befohlen und gehorcht wird, und sehr wenig nachgedacht. Es gibt mehr. Und man kann es kriegen.

Ihr

Christoph Spehr  
DIE LINKE. Bremen  
Faulenstraße 75, 28195 Bremen  
Telefon: 0421/32 06 66  
Fax: 0421/32 06 67  
christoph.spehr@dielinke-bremen.de



**Christoph  
Spehr:  
Druck machen.  
Links wählen!**

**DIE LINKE.**

[www.dielinke-bremen.de](http://www.dielinke-bremen.de)

## Unsere Politik für Bremen und Bremerhaven:

Im Land Bremen sind seit den 1980er Jahren ständig 35 000 bis 42 000 Menschen offiziell arbeitslos. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit liegt bei annähernd 50 000 Menschen. Fast jeder zweite Arbeitsplatz im Land Bremen ist heute schon prekär – also nicht existenzsichernd (durch Niedriglohn und/oder niedrige Teilzeit) oder unsichert (durch Leiharbeit und/oder Befristung). Bremen hat sich in den letzten Jahren zu einer bundesweiten Hochburg der Leiharbeit und der Prekarisierung entwickelt.

Im Öffentlichen Dienst sind von 1993 bis 2007 in der Kernverwaltung über 25 Prozent des Beschäftigungsvolumens abgebaut worden. Das entspricht 4 800 Vollzeitstellen. In den öffentlichen Kliniken werden aktuell 950 weitere Stellen abgebaut, in der Verwaltung sollen bis 2014 ebenfalls 950 Stellen abgebaut werden.

Arbeit ist das Stiefkind der Politik in Bremen und der Politik des rot-grünen Senats. Der SPD-Grünen-Senat hat die Arbeitspolitik der Großen Koalition fortgesetzt – nur mit noch weniger Geld (»Sparen ohne Investieren«)! Unter Rot-Grün gibt Bremen etwa

dreimal so viele Landesmittel für Polarforschung aus wie für Arbeitsmarktpolitik. Im öffentlichen Dienst macht der Senat sich zum Vorreiter des Lohndrückens – in der jüngsten Tarifrunde drohte Bremen unverhohlen damit, aus der Tarifgemeinschaft der Länder auszusteigen, wenn der Abschluss zu »gut« sein sollte!

Von den meisten der neuen Arbeitsplätze haben die Erwerbslosen in Bremen und Bremerhaven nichts. Die gutbezahlten Stellen werden bundesweit vergeben, vor Ort bleiben nur die prekären Jobs hängen. Klein- und Mittelunternehmen, lokale Dienstleister, kleiner Einzelhandel und Handwerksbetriebe wurden nicht gefördert und mussten Stellen abbauen oder vielfach Insolvenz anmelden.

Rot-Grün verzichtet darauf, die Wirtschaftsförderung an Bedingungen wie lokale Beschäftigungsquoten, »Gute Arbeit« oder erweiterte Mitbestimmung zu knüpfen. Die Spaltung der Ökonomie, die vor allem auf Ausgrenzung und Prekarisierung setzt, wird von SPD und Grünen tatenlos hingenommen.

### Wofür DIE LINKE steht:

1. Von Arbeit muss man leben können! Auf Landesebene: Mindestlohn von 10 Euro im Vergabegesetz

festschreiben. Anwendung auf alle öffentlichen Aufträge und Zuwendungen, Gesellschaften und Beteiligungen. Tarife des öffentlichen Dienstes und betriebliche Mitbestimmung auf alle anwenden, die in öffentlichen Einrichtungen arbeiten, ob Schule oder Kliniken.

2. Öffentlichen Dienst und öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen! Stopp des Personalabbaus. Mittelfristig 10 000 zusätzliche Arbeitsplätze durch öffentlich geförderte Beschäftigung, mehr Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst. Ausbau des öffentlichen Dienstes, ausreichende Finanzierung für Bürgerhäuser und Vereine.

3. Umverteilung von oben nach unten statt Schuldenbremse! Auf Landesebene: Kürzungsprogramm verhindern. Kein Einfrieren der Ausgaben für Bildung, Arbeit, Kultur, Soziales. Kein Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft, keine Absenkung der Tarifentgelte, keine von den Beamtinnen und Beamten zu erbringenden Sonderopfer!

